



Foto: Martin Walter

Als Kandidaten für das Bezirksamt nominiert: Christina Emmrich und Dr. Andreas Prüfer

Gutes fortsetzen!

Wenn diese „info-links“-Ausgabe erscheint, schicken sich Lichtenbergs Verordnete gerade an, das Oberhaupt des Stadtbezirkes neu zu wählen. Ginge es nach Popularität und Beliebtheit, fielen diese Wahl eindeutig aus: Niemand kann hier mit der Amtsinhaberin Christina Emmrich konkurrieren! Ihre gute, umsichtige und vorausschauende Kommunalpolitik wird von vielen Bürgern nicht nur unseres Bezirkes gewürdigt. Sie wollen sie gern wieder an der Spitze des Bezirkes sehen.

Allein, es gelten andere Regeln, gleich, ob man sie als demokratisch empfindet oder nicht. Zwar bleibt DIE LINKE stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, auch wenn sie in den letzten Wahlen Stimmen verloren hat. Das Recht, einen Kandidaten zu benennen, liegt jedoch bei einer sogenannten Zählgemeinschaft, die in Lichtenberg aus SPD, CDU und Grünen besteht, sofern diese zusammen über mehr Stimmen als die stärkste Fraktion verfügt.

Wie die Wahl zum Bürgermeister auch ausgehen mag, DIE LINKE kann auf eine solide Bilanz im Bezirk zurückblicken. Erst kürzlich

hat Christina Emmrich für den Bezirkshaushalt 2011 Überschüsse angekündigt. Dies zeigt erneut, dass DIE LINKE gut gewirtschaftet hat. Die Haushaltspläne für 2012 und 2013 kommen ebenfalls ohne Schulden aus. In der vergangenen Wahlperiode gab es 2 000 neue Gewerbeanmeldungen, in der bezirklichen Investitionsplanung wurde für die steigenden Schülerzahlen vorgesorgt, und 600 neue Kitaplätze wurden geschaffen. Abgewirtschaftet, wie im Wahlkampf unverfroren unterstellt, sieht anders aus.

DIE LINKE wird ihre Politik für ein soziales Lichtenberg verstärken und die Bürgerkommune, in der Transparenz des Verwaltungshandelns, Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement selbstverständlich sind, nach Kräften verteidigen und ausbauen. So steht es in unserem Wahlprogramm, so fassen wir den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler auf, die uns erneut zur stärksten politischen Kraft im Bezirk gemacht haben.

Christian Petermann,
Vorsitzender der Fraktion der Partei
DIE LINKE in der BVV Lichtenberg

Das Programm der LINKEN ist da!

Von Michael Stadler

Ein paar persönliche Anmerkungen: Nach Erfurt bin ich mit einem etwas flauen Gefühl gefahren. Wird es gelingen, die lange Diskussion um das neue Parteiprogramm erfolgreich abzuschließen? Oder würde dieser Parteitag von unüberbrückbaren Gegensätzen geprägt sein, die die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt hätten? Ich gebe zu, ich hätte mich ins Auto gesetzt und wäre nach Hause gefahren.

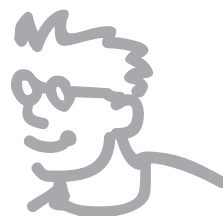
Wie mir mag es vielen Delegierten gegangen sein. Am Ende hat die Vernunft oder auch die Einsicht gesiegt, dass es in einer „Entscheidungsschlacht“ nur Verlierer geben wird. Die Delegierten haben mit einer übergroßen Mehrheit einem Dokument zugestimmt, das in entscheidenden Fragen einen ausgeprägten Kompromisscharakter zwischen den verschiedenen Strömungen in der Partei trägt.

Hoffen wir, dass sich möglichst viele hinter diesem Kompromiss versammeln. Bei den Mitgliedern, die das Programm per Urabstimmung noch bestätigen müssen, ist mir nicht bange. Ob es lesbar ist, wird sich zeigen, wenn alle Veränderungen eingearbeitet sind und der Text noch einmal redaktionell bearbeitet wurde. Meine Hoffnung hält sich hier aus leidvoller Erfahrung aber in Grenzen. Wie es nach außen wirkt, liegt vor allem an uns Mitgliedern.

Hat sich die Partei mit diesem Programm nach links bewegt? Ich glaube ja. Es ist ein modernes, linkes und antikapitalistisches Programm, das gerade jetzt, wo viele Menschen durch die Finanzkrise zutiefst verunsichert sind, die richtigen Fragen stellt und Antworten aus linker, sozialistischer Sicht anbietet.

In dieser Ausgabe

- „Volksfront“ gegen Links (Seite 2)
- Ein Haus, offen für alle. Das Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel (Seite 3)
- Der Bürgerhaushalt in Lichtenberg ist in Gefahr! (Seite 4)
- Krankenhauspolitik in Berlin (Seite 6)
- Euro-Rettung? (Seite 7)



„Volksfront gegen Links“

So betitelte die „Taz“ zu Recht die Bildung der Zählgemeinschaft von SPD, CDU und Grünen in Lichtenberg gegen DIE LINKE als stärkste gewählte Kraft.

In ihrer veröffentlichten Vereinbarung sucht man mit der Lupe nach einer eigenen Idee für Lichtenberg. Statt eigener gemeinsamer Inhalte wird zuerst die Politik des arg geschmähten roten Bezirksamtes in Grundsätzen fortgeführt: Neue Kitaplätze versprochen – sind jetzt schon in Arbeit. Der Bau von neuen Grundschulen vereinbart – auch schon beschlossen. Ausgeglichenere Haushalte angestrebt – schon jetzt steht Lichtenberg finanziell solide da.

Stattdessen werden Posten verteilt, und in geschlossenen Arbeitsgruppen sollen die zentralen Themen der Bezirkspolitik vorentschie-

den werden. Dass auch noch der Bürgerentscheid gegen den überdimensionierten Globus-Supermarkt so nebenbei ad absurdum geführt wird, ist mehr als peinlich. Da helfen auch nicht Live-Berichte der BVV-Tagungen im Internet oder die Veröffentlichung von Bezirksamtsprotokollen als demokratische Feigenblätter.

In diesem Lichte ist wohl auch das „Bekanntnis“ zum Lichtenberger Bürgerhaushalt zu sehen. Ein „Ja“ wird gleich mit dem Damoklesschwert einer Evaluierung „der Gremien“ verbunden. Mehr als 34 000 im Bürgerhaushalt beteiligte Lichtenberger danken der numerischen Mehrheit für so viel Geringschätzung des Bürgerengagements in der Bezirksverordnetenversammlung.

Diese Vereinbarung ist ein Beleg des kleinsten gemeinsamen Nenners und nicht der viel versprochene Gegenentwurf zur Bürgerkommune und zu linker Kommunalpolitik. Der Zählriese lässt grüßen. *Daniel Tietze*

Zählgemeinschaften

1990 wurden im Ostteil Berlins die Bezirksämter durch politische Koalitionen gebildet, um Bürgermeister bzw. Stadträte der PDS zu verhindern. Bei den Gesamtberliner BVV-Wahlen 1992 galt wieder, dass den Fraktionen – also auch der PDS – proportional zu ihrer Stärke Stadtratsposten zustanden und der Bürgermeister von der stärksten Fraktion gestellt wurde. Um aber die dadurch drohenden PDS-Bürgermeister zu verhindern, wurden 1992 die Zählgemeinschaften erfunden. Waren solche Zählgemeinschaften zahlenmäßig stärker als die stärkste Fraktion, ging das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister auf sie über.

2010 lief diese Regelung aus. Die Linksfraktion schlug die Abschaffung der Zählgemeinschaften vor. Die stärkste Fraktion sollte wieder das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister haben. Anfangs gab es bei der SPD-Fraktion Zustimmung, doch dann kam starker Druck aus den Bezirken, in denen verschiedene SPD-Bürgermeister über eine Zählgemeinschaft ins Amt gekommen waren.

Aber auch in der LINKEN gab es Widerstand, denn mit Zählgemeinschaften konnten wir von uns gewollte Kandidaten durchsetzen und hatten auch dort Einfluss, wo wir nicht im Bezirksamt vertreten waren. Am Ende waren auch bei uns die Befürworter der Zählgemeinschaften in der Mehrheit, und so blieb es bei den Zählgemeinschaften, die uns jetzt in Lichtenberg sowie in Marzahn-Hellersdorf auf die Füße gefallen sind. *Peter-Rudolf Zotl*

Klare Ansage

Die Vorsitzende der LINKEN, Gesine Lötzsch, erklärt: „Der Parteitag war ein großer Erfolg. Mit 96,9 Prozent haben wir ein Programm verabschiedet. Darüber freue ich mich. ... Dass das gelungen ist, ist auch ein Verdienst von Klaus Ernst und mir. Das sollten auch unsere Kritiker anerkennen. Jetzt geht es darum, das Programm mit viel Elan umzusetzen. Dafür brauchen wir Geschlossenheit und viele gute Ideen. Ich bekomme viele Anrufe von Mitgliedern der Partei, die ihre Besorgnis geäußert haben, dass der alte Streit um die Parteiführung wieder beginnt. Das schadet der Partei und missachtet das Votum des Parteitags. Um weitere Spekulationen über meine Person zu beenden, habe ich mich entschlossen, klare Entscheidungen zu treffen. ... Ich trete beim nächsten Bundesparteitag als Parteivorsitzende wieder an.“

Politische Tagesfahrt

Gesine Lötzsch lädt 25 Mitglieder von Lichtenberger Sportvereinen zu einer politischen Tagesfahrt am Donnerstag, dem 8. Dezember, ein. Die Fahrt schließt den Besuch des Bundestages, des Kanzleramtes sowie Mittag- und Abendessen ein. Interessierte melden sich unter:

- Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Telefon: 22 77 17 87
- Anmeldeschluss: 15. November 2011

KOMMENTIERT

Wie hält man's mit der SPD?

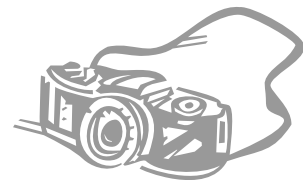
Es rollt rückwärts: der ÖBS gestrichen, Gemeinschaftsschulen auf Eis, die Hardliner-Polizei gerüstet, die A 100 so gut wie ausgebaut, Rekommunalisierung auf ewig verschoben, kommunales Ausländerwahlrecht vertagt. Im Bezirk sollen Bürgerhaushalt und bürgerschaftliche Mitentscheidung „reformiert“, sprich: Bürgereinfluss reduziert werden. Der LINKEN wurden Ressorts übergeben, für die bereits massive Kürzungen angekündigt worden sind.

Grund, die SPD zu schonen, ist also nicht gegeben. Und dennoch: Draufhauen macht nichts besser, schafft unnötige Gräben. Linker Radikalismus – so lasen wir einst – erleichtert mitunter das Herz, vernebelt aber den Kopf. Zum Beispiel, wenn wir die Ursachen für unsere Malaise finden wollen. Nicht die SPD war bei uns auf Stimmenklau, denn sie hat im Abgeordnetenhaus mehr Sitze als wir verloren und in der BVV keinen dazu gewonnen. Nicht die SPD wurde gewählt – wir wurden nicht gewählt. Das ist Stoff für einen kühlen Kopf.

Dass die SPD immer so links oder rechts ist wie ihr jeweiliger Koalitionspartner, haben wir immer laut gesagt – und nun passiert genau das. Ist da die profilarme SPD wirklich unser Hauptgegner?

Es ist auch eine Chance, dass die SPD im Bezirk jetzt kräftig bei der LINKEN abguckt. Und Herausforderung an einen wohltemperierten Kopf. Denn wir haben unsere Wahlaussagen in Zusammenhängen erarbeitet und dort genau durchgerechnet, wo die Sozis nur unsere Überschriften klauten. Wir haben solide Voraussetzungen für einen Wettbewerb der Ideen und Lösungen. Führen wir ihn, verbünden wir uns noch enger mit der Bürgerschaft, und bewahren wir so die Bürgerkommune!

Wo uns die SPD in Geiselhaft nehmen will, müssen wir sie natürlich auch gehörig geißeln. Wenn sie verspricht und nichts hält, wenn sie redet und nichts sagt, wenn sie – wie so oft – vor allem ihre Parteiklientel bzw. ihre Zählvasallen bedient. Dort, wo Sozialdemokraten wollen, doch nicht so richtig können, muss man auch die Hand ausstrecken. Nur: Das müssen wir diesmal den Leuten, den Wählern, schon deutlich zeigen ... Peter-Rudolf Zotl



Offen für alle

Am 23. September öffnete das neue Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel seine Türen. Der Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V., der FamilienANLAUF e.V., die Kinder- und Jugendhilfe gGmbH sowie die Seniorenbegegnungsstätte des Bezirksamtes befinden sich nunmehr unter einem Dach in der Ribnitzer Straße 1b. Gemeinsam hatten sie alle Interessierte zu einem „Tag der offenen Tür“ eingeladen.

Das Programm mit Clown Moro, Ponyreiten, dem musikalischen Märchen „Peter und der Wolf“, der Sängerin Vera Schneidenbach, dem Akkordeonisten Waldemar Lewin, mit Disko und Konzert der Gruppe „Transsylvaniens“ und vielen weiteren Höhepunkten bot für alle Altersgruppen und Geschmäcker etwas Interessantes.

Bürgermeisterin Christina Emrich und Sozialstadträtin Kerstin Beurich eröffneten das Haus. Gemeinsam wurde ein Pflaumenbaum gepflanzt; er steht symbolisch für den Wunsch, dass das Haus mit seinen Angeboten erblühen und viele Früchte tragen möge.

Das Interesse an dem neuen Haus war riesig. Zeitweise waren die Räumlichkeiten überfüllt. Sichtbar wurde schon an diesem Tag, dass hier die unterschiedlichen Generationen zusammenfinden.

Das Nachbarschaftshaus bietet Beratung, Kurse, sehr vielfältige Freizeitangebote sowie wechselnde Veranstaltungen. Dazu gehören

Glückwünsche zur Eröffnung der Nachbarschaftshauses von den Bezirkspolitikern.



Foto: VaV

Das neue Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel

auch Selbsthilfegruppen wie das Frauenfrühstück oder der Single-Treff. Viele Angebote konnten die Besucher beim „Tag der offenen Tür“ selbst gleich ausprobieren.

Für Familien bietet das Familienzentrum „Grashalm“ in neuer Umgebung zahlreiche Mitmach-Programme an, z. B. ein Eltern-Kind-Frühstück, Baby-Massage, Krabbelturnen, Familiensport, Kieztrödel, Familienbrunch, oder es lädt einfach zu einem Besuch des Familiencafés ein.

Aktive Seniorinnen (sie sind zahlreicher als die Senioren), die Lust haben, junge Familien als Wunsch-Oma oder Wunsch-Opa zu unter-



Foto: VaV

Clown Moro begrüßt die Kinder.

stützen, sind im Familienzentrum „Grashalm“ ebenso herzlich willkommen.

Sowohl der Hohenschönhausener Tauschring als auch die Freiwilligenagentur, die ehrenamtliche Helfer an Vereine, Projekte und Initiativen vermittelt, haben ihr Domizil im Nachbarschaftshaus. Freiwillige Mitstreiter sind darüber hinaus im KiezAktiv willkommen.

Haben Sie ein interessantes Hobby, das andere begeistern kann? Möchten Sie eine Veranstaltung anbieten? Haben Sie Lust, sich zu engagieren oder einfach nur Ihre Familienfeier auszurichten? Dann sind Sie hier richtig. Kommen Sie vorbei, oder rufen Sie uns an!

*Evelyn Ulrich, Geschäftsführerin
des Vereins für ambulante Versorgung
Hohenschönhausen e. V.*

- Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1b, 13051 Berlin, Telefon: 96 27 71 20, Fax: 96 27 71 50, Internet: www.vav-hhausen.de



Foto: VaV



Bürgerhaushalt in Gefahr

Der Votierungstag am 29. September endete erfolgreich. 2874 Bürger an 11 Votierungsstandorten beteiligten sich bei der Wahl der besten Vorschläge. Das sind 559 Menschen mehr als 2010. Insgesamt fanden 10 500 Lichtenberger den Bürgerhaushalt wichtig.

87 Vorschläge standen zur Wahl. Diese wurden zusätzlich im Oktober an 50 000 zufällig ausgewählte Haushalte im Bezirk geschickt. Adressat war jeder Lichtenberger, auch das neun Monate alte Baby oder die elfjährige Tochter. Das ist kein Versehen, schließlich kann am Lichtenberger Bürgerhaushalt jeder Mensch mitwirken. Für das Baby füllen den Fragebogen die Eltern aus. Die elfjährige Tochter hingegen weiß bestimmt schon selbst, welchen Vorschlag im Kiez sie unterstützen möchte.

Nach Auswertung wird die Liste mit den höchstvotierten Vorschlägen an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) übergeben. Fachausschüsse beraten sie, und dann entscheidet die BVV, welche Vorschläge 2013 umgesetzt werden. Das Bezirksamt muss diesen Beschluss dann schon im Haushaltsplanentwurf für 2013 berücksichtigen.

Diese Beteiligung ist in Deutschland immer noch einmalig. Eine so umfassende Möglichkeit für Menschen, sich für eine bestimmte



Punkteleben für die besten Projekte: Insgesamt beteiligten sich 10 500 Lichtenberger

Verteilung von Haushaltsmitteln in ihrem Bezirk einzusetzen, gibt es sonst nicht.

Die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen will den Lichtenberger Bürgerhaushalt „umformen“: eine Arbeitsgruppe exklusiver Mitglieder soll den bisher offenen Workshop mit engagierten Beteilig-

ten ersetzen. Sie wollen Kompetenzen beteiligter Gremien begrenzen und das Ganze mit Hilfe externer Beratung begründen.

Bisher fielen die SPD und Andreas Geisel in den Bürgerhaushaltsverfahren nicht durch übermäßiges Engagement auf. Wir lassen uns den Bürgerhaushalt nicht kaputt machen und werden uns gegen seine Zerstörung wehren! Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für mehr Beteiligung ein!

Hendrikje Klein

Viele Leute und Laptops

So ein äußerer Eindruck von der konstituierenden Tagung für die VII. Wahlperiode der Lichtenberger BVV, die am 27. Oktober in der Taut-Aula stattfand. 23 neue Gesichter prägen das Antlitz des 55-köpfigen Plenums, dem derzeit 25 Frauen angehören. Nach der Wahl des Bezirksamtes, die am 10. November erfolgt, könnten sogar über die Hälfte der Verordneten Frauen sein.

Verlässlicher Vorsteher

Mit 51 von 52 Stimmen von den neben ihm anwesenden Bezirksverordneten gewählt, geht Rainer Bosse (DIE LINKE) in seine nunmehr 5. Wahlperiode als Vorsteher. Stellvertreterin ist Camilla Schuler (B'90 /Grüne). Blashka Brechel (SPD) wird als Schriftführerin arbeiten. Dem siebenköpfigen Vorstand gehören weiterhin Yannik Meyer (PIRATEN), Christian Kind (SPD), Sandra Gerstädt (CDU) und Ingeborg Görsdorf (DIE LINKE) an. Gemeinsam mit dem Ältestenrat, der von den Fraktionsvorsitzen-

den gebildet wird, organisieren sie, dass ihre Kollegen Bezirksverordnete „den Bezirk in jeglicher Hinsicht weiter voranbringen“ können. „Und zwar über die gesamte Wahlperiode hinweg“ – nahm der alte und neue Vorsteher Rainer Bosse den Wunsch auf, den Alterspräsident Manfred Becker (SPD) zur Eröffnung formulierte.

Verlässlicher Einfluss

Weder der BVV-Vorsteher noch die LINKEN als stärkste Fraktion oder ihre Bezirksamtsmitglieder gefährden die Erfüllung dieses Wunsches. Denn die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen brauchte eigentlich nur alles das umzusetzen, was sie aus unserem Wahlprogramm abschrieb. Die Linksfraktion wird das nach Kräften fördern. Letztlich aber müssen die Lichtenberger selbst beeinflussen, ob und wie weit die neue Bezirkskoalition ihnen zum Beispiel den Bürgerhaushalt tatsächlich überantwortet. Das wird freilich über bloße Online-Beteiligung hinausgehen müssen.

Joachim Pampel

Tipps für die „Neuen“

Mitte Oktober fand im Wannseeforum eine Veranstaltung für Kommunalpolitik statt. Geladen waren „neue“ und „alte“ Bezirksverordnete aller Parteien sowie alle an Kommunalpolitik Interessierten.

In der gut besuchten Runde ging es um die Rechtsgrundlagen für das Handeln einer BVV und des Bezirksamtes. An Beispielen wurden Haushaltsplanung und Budgetierung unter die Lupe genommen. Mit Dr. Andreas Prüfer wurde u. a. über „Präsenz im Internet – Live-Übertragung einer Bezirksverordnetenversammlung“ gesprochen. Es wurden die Vorteile und die Nachteile einer solchen Präsenz erörtert. Zwar wurde hier kein gemeinsamer Nenner gefunden, dennoch war es eine sehr anregende Zusammenkunft.

Wir, die Teilnehmer, danken allen Verantwortlichen (dem Kommunalpolitischen Forum e. V., Berlin) und den Referenten (u. a. Peter Ottenberg und Frau Dr. Haupt) für ihr Engagement. *Anja Ott, Bezirksverordnete der LINKEN*

Ein wichtiger Parteitag

Hat der am 21. Oktober 2011 in Erfurt eröffnete dreitägige Parteitag der LINKEN Geschichte geschrieben? Ich war mit unter den zehn Lichtenberger Delegierten in der Erfurter Messehalle.

Gesines emotionale und mitreißende Rede motivierte wohl alle zu konstruktiver Mitarbeit am Gelingen des Parteitages. Dieser nach vorn gerichtete Geist bestimmte auch die Reden von Gregor Gysi, Klaus Ernst und anderen Delegierten.

Während der drei anstrengenden und arbeitsreichen Tage und Abende stand naturgemäß die Programmdebatte im Mittelpunkt. Es gab eine Flut von Anträgen und Gegenanträgen, denen endlose Abstimmungen folgten. Geplante Kulturprogramme blieben dabei auf der Strecke.

Aber am Ende hatten wir dann ein mit einem eindrucksvollen Votum verabschiedetes Programm.

Die Kernpunkte des Parteiprogramms der LINKEN sind:

- Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus.
- Die Nato soll aufgelöst und durch ein Friedenskorps ersetzt werden. Waffenexporte sollen verboten werden. Keine Beteiligung an Kriegseinsätzen.
- Monopolisten der Energiewirtschaft und Banken sollen verstaatlicht werden. Die Spekulationen, die ganze Länder an den Rand des Ruins treiben, sollen unterbunden werden. Wer viel Geld hat, soll zur Kasse gebeten werden. Kapitalerträge und Gewinne müssen deutlich stärker besteuert werden. Millionäre sollen eine Vermögenssteuer bezahlen.
- Auf der anderen Seite soll die wöchentliche Arbeitszeit für Arbeitnehmer schrittweise auf 30 Wochenstunden verringert und verbindliche Mindestlöhne im Gesetz verankert werden. DIE LINKE tritt gegen jede Form von Sozialabbau ein.

Zurück in Berlin waren wir „geschafft“ – aber wir hatten etwas geschafft. *Petra Weitling*

Mein Platz ist in der LINKEN

Derzeit studiere ich an der Uni Potsdam Lehramt in den Fächern Geschichte und Deutsch. Ich möchte allen Kindern, ganz gleich welchen sozialen, ethnischen oder religiösen Hintergrund sie haben, die gleiche Chance geben, das Beste aus sich zu machen und ihr Potenzial voll zu entfalten. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern muss jedem Kind die gleichen Chancen auf ein erfolgreiches und glückliches Leben ermöglichen. Um diese Vorhaben umzusetzen, braucht es auch politische Grundlagen.

DIE LINKE setzt sich für das gemeinsame Lernen ein, das Arm und Reich, migriert und nicht migriert zusammen und voneinander lernen lässt.

Was nutzt aber eine gute Schulbildung, wenn die Arbeit mit fünf Euro je Stunde vergütet wird? Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass schwerbehinderte Menschen, die lange Zeit erwerbslos waren, für diesen Lohn 8 Stunden täglich am Fließband stehen, da ihnen sonst Bezüge gestrichen werden. Das ist ungerecht.

Um diese Umstände zu ändern, bin ich der LINKEN beigetreten. *Sören Schleicher*



Gesine Löttsch bei ihrer mitreißenden Rede auf dem Parteiparteitag der LINKEN in Erfurt.

Neuer Fraktionsvorstand

Am 3. November wählte die Fraktion der LINKEN in der BWV ihren Vorstand. Vorsitzender wurde erneut Christian Petermann. Kerstin Zimmer und Geschäftsführer Peter Fischer stehen ihm zur Seite. Zum Gremium gehören weiter Anja Ott, Petra Weitling und Rainer Bosse. *J. Pampel*

Veranstaltungen

● Sonntag, 13.11., 10 Uhr *

Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Wie weiter nach dem Erfurter Parteiparteitag der LINKEN?“, mit Dr. Bernd Ihme

● Montag, 14.11., 18 Uhr

„geDRUCKtes“: Offene Worte – Gysi trifft Zeitgenossen, mit Gesine Löttsch und Gregor Gysi; Karl-Liebknicht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung erbeten unter Telefon 24 009 584

● Dienstag, 15.11., 19 Uhr *

Tagung des Bezirksvorstandes

● Sonnabend, 26.11., 10 Uhr

3. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN Berlin, Ramada-Hotel, Karl-Liebknicht-Straße 32

● Dienstag, 29.11., 19 Uhr *

Tagung des Bezirksvorstandes

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Hauptversammlung

DIE LINKE hat die Wahlen am 18. September verloren – auch in unserer Hochburg Lichtenberg. Deshalb musste sich unsere Hauptversammlung am 17. Oktober mit dem Wahlergebnis und den Konsequenzen beschäftigen.

Es zeigte sich ein großes Bedürfnis der Lichtenberger LINKEN, diese Wahlergebnisse zu diskutieren, dabei zugleich den Parteiparteitag vorzubereiten und zu erörtern, wie die Bezirksorganisation gefestigt und organisatorisch gestärkt werden kann. Redebeiträge der Bundes- und Bezirksvorsitzenden Gesine Löttsch, des Leiters der AG Wahlanalyse des Bezirksvorstandes, Peter-Rudolf Zotl, und des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Michael Stadler regten zu ersten fruchtbaren Diskussionen an. Besonders erfreulich war an diesem Abend die Vorstellung mehrerer junger Neumitglieder unserer Partei.

Kandidaten bestimmt

Die Hauptversammlung wurde am 2. November fortgesetzt, um die zwei Kandidaten der Lichtenberger LINKEN für das Bezirksamt zu bestimmen. Erwartungsgemäß bestätigten die Delegierten die Kandidatur Christina Emmrichs. Um den zweiten Bezirksamtssitz bewarben sich Katrin Framke und Dr. Andreas Prüfer. Auch Andreas Prüfer wurde mit überzeugendem Ergebnis nominiert. Stadtrat Michael Räßler-Wolff hatte schon vor der Hauptversammlung auf eine erneute Kandidatur verzichtet. *Dr. Manfred Meineke*

Krankenhauspolitik in Berlin. Wie weiter nach den Wahlen?

Von Dr. Wolfgang Albers, MdA

Als wir 2001 in die Regierung eintraten, hatte die Große Koalition kurz zuvor die ehemals städtischen Krankenhäuser unter der Regie einer sozialdemokratischen Gesundheits senatorin in eine GmbH überführt, in der Absicht, diese möglichst schnell zu veräußern, um die hoch verschuldeten Häuser los zu werden.

Es ist einer der Erfolge linker Regierungsbeteiligung, das kommunale Krankenhausunternehmen Vivantes dennoch in kommunaler Trägerschaft gehalten zu haben. Unsere ehemaligen Senatorinnen Heidi Knaake-Werner und Katrin Lompscher haben einen großen Anteil daran.

Heute dient das Unternehmen bundesweit anderen kommunalen Krankenhäusern als gelungenes Modell gegen den Privatisierungswahn mancher Kommunen.

Öffentliches Eigentum sichern

Gerade noch rechtzeitig vor der Neuauflage der unheiligen Allianz aus SPD und CDU ist es nach langen Auseinandersetzungen im Senat gelungen, eine gemeinsame Erklärung von Senat, Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretung zur Zukunft dieses öffentlichen Unternehmens durchzusetzen, die u. a. einen Verkauf zumindest bis 2020 ausschließt.

Diese Erklärung allein reicht aber nicht aus. Es müssen darüber hinaus auch die finanziellen Mittel für notwendige Investitionen in unseren Berliner Krankenhäusern in erforderlicher Höhe bereitgestellt werden. Fast 34 Millionen Euro, mehr als ein Drittel des Geldes, das zurzeit im Haushalt für Krankenhausinvestitionen vorgesehen ist, werden pro Jahr allein verbraucht, um noch bis zum Juni 2015 Schulden aus einem Krankenhausprogramm der 90er-Jahre abzuzahlen!

Ein erster Schritt wäre es, zumindest dieses Geld auch nach dem Ende des Schuldendienstes weiter in gleicher Höhe für die Berliner Krankenhäuser vorzuhalten und es nicht anderweitig für die Sanierung des Landeshaushalts einzusetzen. DIE LINKE hat sich in der Regierung dafür eingesetzt, auch in der Opposition bleibt diese Forderung auf der Tagesordnung.

Baustelle Charité

Seit Wochen streikt ein Teil der Belegschaft der ausgegliederten Tochtergesellschaft CFM, an der die Charité mit 51 Prozent beteiligt ist, für höhere Löhne und verbindliche Tarifstrukturen.

Ver.di fordert einen Tarifvertrag, der für alle Bereiche der CFM die gleichen mantelrechtlichen Bedingungen wie bei dem Mutterunternehmen Charité schaffen soll.

DIE LINKE hat die Forderungen der Beschäftigten von Beginn an unterstützt. Es war nicht hinzunehmen, dass in einem öffentlichen Unternehmen des Landes Tarifrecht ver-

weigert und Lohndumping betrieben wurde. Mittlerweile ist nach langen Diskussionen und auch unter massivem politischem Druck das Mindestlohniveau für alle Beschäftigten der CFM durchgesetzt.

Ein Haustarifvertrag aber wird nach wie vor von der Geschäftsführung verweigert. Hier ist weiter gemeinsamer Druck notwendig.

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer (Wahlkreis 1):**
☎ 23 25 25 59, Mittwoch, 9.11., 16 Uhr, Kiezklub Falkenbogen, Grevesmühlener Straße 20
- **Wolfgang Albers (Wahlkreis 2):**
☎ 23 25 25 51, Sprechstunden nach Vereinbarung
- **Marion Platta (Wahlkreis 3):**
☎ 0170-698 92 55, Freitag, 18.11., 17 Uhr, Stadtteilzentrum Fennpfuhl, Lichtenberg Nord
- **Sebastian Schlüsselburg (Wahlkreis 4):** ☎ 0170-451 13 86, Sprechstunden nach Vereinbarung
- **Katrin Lompscher (Wahlkreis 5):**
☎ 23 25 25 08, Sprechstunden nach Vereinbarung
- **Harald Wolf (Wahlkreis 6):**
☎ 23 25 25 07, Sprechstunden nach Vereinbarung

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



Die neue Fraktion der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus hat sich konstituiert.

Konstituierung im AGH

Am 27. Oktober hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus neu konstituiert. Im Berliner Parlament sind 149 Abgeordnete vertreten, es existieren wieder fünf Fraktionen. Die FDP ist ausgeschieden, die Partei der Politikneulinge, die Piraten, zieht dafür mit fast neun Prozent ins Berliner Parlament ein. Sie sind – wie die FDP eine Männerpartei: Zwischen vierzehn Männern sitzt lediglich eine Frau. Im Vergleich: Der Frauenanteil in der Fraktion der LINKEN liegt bei über 60 Prozent.

Ralf Wieland (SPD) wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt, die zwei Vizepräsidenten kommen aus den Reihen der CDU und der Grünen. Prompt gab es Widerstand: Die Piraten forderten, dass alle Fraktionen das Recht auf einen Vizepräsidentenposten haben müssten. Sie und unsere Fraktion haben nämlich kein Anrecht darauf. Die Oppositionsarbeit verspricht in dieser Legislaturperiode also äußerst spannend zu werden. *Evrin Sommer*

Euro-Rettung?

Von Gesine Lötzsch, MdB

FDP und CDU sind sich in einer Frage einig: Die Krise von 2008 war eine Bankenkrise, die Krise des Jahres 2011 ist eine Staatsverschuldungskrise. Mit dieser Argumentation wollen sie die Banken aus der Verantwortung entlasten und die Schuld für die Krise uns Bürgern aufladen. Denn wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müssten deshalb den Gürtel enger schnallen.

Wir haben aber weder eine Banken-, eine Verschuldungs- noch eine Euro-Krise. Wir haben eine Verteilungskrise! DIE LINKE ist die einzige Partei, die diese Krise als Verteilungskrise charakterisiert. Alle anderen Parteien haben kein Interesse, die Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt der Krisenbetrachtung zu stellen. Nicht die Verschuldung der Staaten reißt den Euro auseinander, sondern die ungleiche Verteilung des Reichtums in Europa.

Rettungsschirm für wen?

Im Bundestag wurde der Rettungsschirm zum zweiten Mal abgestimmt. Das musste geschehen, weil die Regierung uns vor der ersten Abstimmung nicht die ganze Wahrheit gesagt hatte. Die Regierung nutzt „Finanzinstrumente“ – manche bezeichnen sie auch als Massenvernichtungswaffen –, die schon zur Krise 2007 beigetragen haben. Die Kanzlerin will also mit den gleichen Finanzinstrumenten aus der Krise kommen, mit denen wir in die schwerste Finanzkrise nach dem Zweiten Weltkrieg geraten sind. Der helle Wahnsinn!

Der Einsatz eines sogenannten Hebels sorgt scheinbar für eine Vermehrung des Geldes von 440 Milliarden auf bis zu zwei Billionen Euro. Das ist ein hochriskantes Experiment, ein Drahtseilakt ohne Netz und doppelten Boden. Und es ist auch schon jetzt klar, wer da vom Seil geschubst werden soll: Die Menschen, die diese Krise nicht verursacht und die auch an dieser Krise nichts verdient haben.

Schauen wir nach Griechenland. Da sehen wir, wie die Herrschenden Europas sich den Umgang mit den Völkern vorstellen. Es ist beschämend. Erst hat die Kanzlerin mit ihrem Kürzungspaket die Griechen in eine schlimme Wirtschaftskrise gestürzt. Jetzt spielt sie sich mit dem Schuldenschnitt als die Retterin Griechenlands auf. Doch die privaten Banken haben dem Schuldenschnitt von 50 Prozent

noch nicht zugestimmt, denn das soll auf freiwilliger Basis passieren.

Ganz und gar unfreiwillig musste dagegen Italien dem Druck von Merkel und Sarkozy folgen und die Rente erst ab 67 Jahren einführen. Die Agenda 2010 wird nach und nach zwangsimpotiert. Vielleicht wird Deutschland so Exportweltmeister für Sozialabbautechniken. Kein schöner Titel!

Warum wendet die Bundesregierung gegen die ehrlichen Menschen immer häufiger Zwang an, und warum erwartet sie von Spekulanten immer nur freiwillige Beiträge? Die Bundesregierung hat inzwischen das Wort „Hebel“ aus ihrem Vokabular gestrichen. Jetzt spricht sie nur noch von einer Teilkaskoversicherung zur Stärkung des Rettungsschirms. Das klingt so sicher und vertraut. Doch es ist nicht einmal eine Teilkaskoversicherung, sondern ein halbscheitliches Experiment.

Chinesische Staatsfonds sollen in die Versicherung einbezogen werden. Das ist schon erstaunlich. Jedem Antikommunisten muss ja das Blut in den Adern erstarren, wenn er nur daran denkt, von einem kommunistischen Staatsfonds abhängig sein zu müssen.

Vermögende an Hilfe beteiligen

DIE LINKE ist gegen dieses fragwürdige Teilkasko-Experiment. Wir wollen eine Vollkaskoversicherung mit unterschiedlicher Selbstbeteiligung. Diese sollte von den Vermögensverhältnissen der Menschen abhängig sein. Das verwaltete Vermögen in Europa betrug 2010 27,1 Billionen Euro. Die benötigten zwei Bil-

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** 15.11., 17 Uhr, Bürgerbüro

Ihr wöchentlicher Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de.

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

lionen wären also nur etwas mehr als 7 Prozent! Die muss man den Vermögenden nicht einmal wegnehmen. Sie müssen dieses Geld nur dem Rettungsschirm zur Verfügung stellen. Bei einem Totalverlust, von dem im Augenblick keiner ausgeht, hätten sie dann 7 Prozent ihres Vermögens verloren. Das halte ich für vertretbar und zumutbar.

Die Vermögensverluste, die unschuldige Griechen, Iren und Spanier erleiden, liegen schon jetzt bei bis zu 100 Prozent! Über eine Zwangsanleihe könnten, ohne riskante Finanztricks, zwei Billionen Euro sehr schnell zusammenkommen. Diese Vollkaskoversicherung, wie ich sie vorschlage, hat nur Vorteile: Sie stabilisiert sofort den Euro, zieht vagabundierendes Geld, das riskante Anlagen sucht, aus dem Markt und wäre ein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung in Europa.



Foto: Jörg Rückmann

Für die Standpunkte der LINKEN zur Krise interessieren sich mitunter auch die Medien.



Buchtipps



Kommissar-befehl

„... sofort mit der Waffe zu erledigen“ heißt der letzte Titel von Robert Allertz in einer Reihe von spotless im Verlag Das Neue Berlin. Auch die 244. Publikation setzt sich mit Lügen und Legenden der Zeitgeschichte polemisch auseinander.

Diesmal blickt der Autor zurück auf einen „Führererlass“ vom 14. Mai 1941, also noch

vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Er fixiert „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“. Dieser „Kommissarbefehl“ ist selbst im Krieg ein Mordauftrag. Er wurde übrigens – warum wohl? – nie schriftlich erteilt. Nur aus den Notizen der Offiziere, die sie bei der mündlichen Befehlsweitergabe anfertigten, ist er dokumentiert. Allertz recherchiert genau und weist nach, dass die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ eine Lüge ist.

Inge Uesseler

- Robert Allertz: **„... sofort mit der Waffe zu erledigen“**, spotless-Reihe, Verlag Das Neue Berlin 2011, 5,95 €, ISBN 978-3-360-02045-1

Foto: Silke Wenk



Am 6. Oktober kamen im Tierpark zwei kleine Stachelschweine zur Welt. Sie verfügen schon nach wenigen Tagen über Stacheln und können sich auch mit ihren Zähnen wehren. Bei der Geburt sind die Stacheln noch weich, damit sie die Mutter nicht verletzen; später werden sie bis zu 40 cm lang. Stachelschweine gehören, genauso wie Meerschweine, nicht zu den Schweinen, sondern sind Nagetiere. Sie kommen in Vorderasien und Indien vor. Die kleinen Racker werden schon bald die Außenanlage erkunden und können dann von den Besuchern beobachtet werden. Silke Wenk

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 8/11: 7.11.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.12.2011

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 28.11.2011

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 13.11., 16 Uhr**
„Schneeweißchen und Rosenrot“; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Donnerstag, 17.11., 10 Uhr**
„Der Hase und der Igel“; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Freitag, 18.11., 19 Uhr**
20. Kunstversteigerung zugunsten der Aktion „Kinder von Tschernobyl“; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Sonnabend, 19.11., 19 – 23 Uhr**
Saratoga Seven – New Orleans-Jazz, Blues, Swing, Pascal v. Wroblewsky spielt im Quartett mit Manfred Dierkes; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Karteninfo unter Telefon 567 68 92, Eintritt: 15 €
- **Sonntag, 20.11., 17 Uhr**
Rundfunkchor Berlin: „Die Nacht hat geöffnet die goldenen Augen ...“, jiddische Lieder und Texte; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 15 €
- **Freitag, 25.11., 19 Uhr**
„Ein Blick zurück ohne Zorn“, ein Film über die Kulturgeschichte der DDR am Beispiel des Klubhauses BUNA, anschließend Gespräch mit Prof. Lothar Bisky, Helga Storck und Peter Gödel; Kino „Toni“, Antonplatz, Weißensee
- **Freitag, 25.11., 20 Uhr, Sonnabend, 26.11., 18 Uhr**
„Zu wahr, um schön zu sein“, politisches Kabarett; Zimmertheater in der KULT-schule, Sewanstraße 43
- **Sonntag, 27.11., 16 Uhr**
„Ladislav und Annabella“; Das weite Theater, Parkaue 23 (Koproduktion mit dem Theater des Lachens, Frankfurt/Oder und dem Kleistforum)
- **Sonnabend, 3.12., 18 Uhr**
Gospel zum Advent: Der Akwaba-Gospelchor besteht aus Sängern aus fünf Ländern Afrikas, die in Berlin leben. Das Repertoire des Chores ist eine Mischung aus afrikanischen, westlichen christlichen und eigenen Liedern; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 19 €
- **Sonntag, 11.12., 15 – 18 Uhr**
Jazz im Advent: Joe's Bigband, Fürstenwalde (Swing-Klassiker), Erich-Fried-Chor, Berlin (vorweihnachtlich besinnlich und stimmungsvoll); Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt und Kaffeegedeck: 15 €
- **noch bis zum 30.12.**
Ausstellung: „Das Mosaik von Hannes Hegen“; Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstraße 24